

Open Government Netzwerk Deutschland (OGN)

Statuten¹

Einleitung

Das Open Government Netzwerk Deutschland (OGN), ehemals Arbeitskreis Open Government Partnership, ist ein Netzwerk der Zivilgesellschaft, das sich seit 2011 für die Förderung von einem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln als ganzheitlichen Ansatz zur Stärkung der Demokratie einsetzt.

Die zivilgesellschaftlichen Mitglieder des Netzwerks, engagierte Organisationen und Einzelpersonen, verbindet die Überzeugung, dass eine aktive Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Open Government Partnership einen Kulturwandel zu mehr Transparenz, Beteiligung und Rechenschaftslegung fördert und damit eine Belebung und Stärkung der Demokratie und der Qualität des staatlichen Handelns unterstützt.

Das Netzwerk koordiniert die Zivilgesellschaft und mobilisiert Bürgerbeteiligung, um die Entwicklung und Umsetzung ehrgeiziger Reformen des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Deutschland voranzutreiben. Dabei verbindet das Netzwerk die Expertise seiner Mitglieder und stärkt den Kompetenzaufbau in der Zivilgesellschaft. Der Fokus des Netzwerks liegt auf der partizipativen Entwicklung der Nationalen Aktionspläne, deren Umsetzung und Evaluation in Kooperation mit den zuständigen Stellen der Regierung und der Open Government Partnership.

Hauptziele des Open Government Netzwerks

- **Die nachhaltige Stärkung der Demokratie in Deutschland** durch Transparenz, Bürgerbeteiligung, Rechenschaftslegung, Ko-Kreation, offener Innovation, Korruptionsbekämpfung und der Gewährleistung eines verantwortungsvollen Umgangs mit offenen Daten in offenen Strukturen.
- **Die aktive Mitwirkung Deutschlands in der Open Government Partnership** durch Impulse zur Weiterentwicklung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Bund, Ländern und Kommunen und den Austausch mit VertreterInnen aus Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft anderer Staaten.
- **Die Beteiligung an und Gestaltung von ambitionierten und qualitativen Prozessen im Kontext der Open Government Partnership.** Erstellung, Umsetzung und Evaluierung der Nationalen Aktionspläne und der darin gesetzten Ziele und Maßnahmen zusammen mit den zuständigen Personen auf Regierungsseite unter Einbezug der Zivilgesellschaft.

¹ Die Statuten wurden am 6.11.2017 im monatlichen Netzwerk Call verabschiedet.

- **Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Open-Government-Initiativen in den Ländern und Kommunen zur regionalen Ausprägung und Umsetzung von Open Government** in Anlehnung an (aber nicht beschränkt auf) die Ziele und Maßnahmen der Nationalen Aktionspläne.
- **Die Stärkung der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Regierung im Rahmen der Open Government Partnership** durch eine systematische Zusammenarbeit in angemessenen Kooperationsformaten und die transparente Kommunikation relevanter Informationen. Dies umfasst auch die allgemeine Verbreitung des Themas Open Government in der Öffentlichkeit, insbesondere über die Webseite und den Twitter-Kanal des Netzwerks.

Mitgliedschaft

Dem OGN können alle Individuen, sowie Organisationen der Zivilgesellschaft beitreten, welche:

1. der Open Government Declaration beipflichten (siehe Anhang A)
2. die Hauptziele des OGN anerkennen
3. keine Interessenkonflikte haben, das heißt:
 - a. Sie haben kein Amt in einer Regierung inne
 - b. Sie sind kein Regierungsbeamter, der an Open Government Themen arbeitet
 - c. Sie sind kein Unternehmenslobbyist (z. B. eine Person, die sich für ein privatrechtliches bzw. unternehmerisches Interesse einsetzt, das in Konflikt mit der OGP Declaration oder den Prinzipien des OGN steht)
 - d. Parteien und ihre Untergliederungen werden nicht aufgenommen.

Personen und Organisationen treten dem Open Government Netzwerk bei, indem sie sich auf der Webseite eintragen. Die Mitgliedschaft in der Mailing-Liste gilt als Zustimmung und Einhaltung der oben genannten Bedingungen.

Die Mitglieder des OGN können festlegen, ob Sie mit einer Organisation assoziiert sind und als Vertreter einer Organisation fungieren, indem sie dies bei ihrer Anmeldung und in Ihren Beiträgen in den Netzwerkaktivitäten angeben. Diese Option gilt lediglich solange die genannten Ziele dieser Organisation auf das öffentliche Interesse hinarbeiten und mit den Grundsätzen des OGN vereinbar sind.

Zu den Mitgliedschaftsrechten gehören die Anwesenheit auf dem zentralen OGN E-Mail-Verteiler, die Teilnahme an Sitzungen (sowohl Online als auch Offline), Beiträge zur Arbeit des OGN und die Nominierung von Mitgliedern der Strategiegruppe. Mitglieder können sich als Thementreiber der Bearbeitung eines bestimmten Open Government Themas widmen.

Strategiegruppe

Die Strategiegruppe trägt die Verantwortung für folgende Aufgaben:

- Die Arbeit der KoordinatorIn zu unterstützen und zu beaufsichtigen
- Die Erweiterung der Mitgliedschaft und Reichweite des OGN voranzutreiben
- Die Strategische Ausrichtung und Planung des OGN festzulegen
- Gegebenenfalls für das OGN Entscheidungen zu treffen (siehe Abschnitt "Entscheidungsfindung")
- Vertretung des OGN nach außen

Die Strategiegruppe trifft sich mindestens einmal alle drei Monate. Sie besteht aus mindestens fünf bis maximal sieben VertreterInnen des OGN. Dabei können sowohl Einzelpersonen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen die Vertreter stellen. Das Verhältnis zwischen den Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen und Einzelpersonen soll mindestens 2:1 betragen. Zudem wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis angestrebt.

Die Mitglieder der Strategiegruppe werden für zwei Jahre gewählt. Die Amtsinhaber können wiedergewählt werden, Einzelpersonen dürfen jedoch nur bis zu vier Jahre im Amt bleiben. Eine Person kann nach Ablauf von zwei Jahren ohne Mitgliedschaft wiedergewählt werden.

Sobald ein Sitz in der Strategiegruppe frei wird, nominieren die Mitglieder des OGN neue Kandidaten für die Strategiegruppe. Ein OGN Mitglied kann sich selbst nominieren oder von einem anderen OGN-Mitglied vorgeschlagen werden. Die Auswahl erfolgt durch eine Wahl (Borda Wahl) über eine geeignete digitale Plattform und wird durch die KoordinatorIn veranstaltet. Die Nominierten müssen alle möglichen Interessenskonflikte, die ihre Arbeit innerhalb des OGN beeinflussen könnten, aufzeigen.

Die Mitglieder der Strategiegruppe haben eine besondere Verantwortung, die Grundsätze des OGN einzuhalten und darzustellen. Jedes Mitglied, das sich nicht an diese hält, dem kann von der Strategiegruppe durch eine Zweidrittel-Mehrheit die dortige Mitgliedschaft entzogen werden.

KoordinatorIn

Die KoordinatorIn ist zuständig für:

- Verwaltung und Koordination des OGN
- Erweiterung der Mitgliedschaft im OGN
- Zusammenarbeit mit den für OGP zuständigen Regierungsmitarbeitern
- Inhaltliche Verbreitung und Professionalisierung der Arbeit des OGN
- Erarbeitung einer Agenda gemeinsam mit der der Strategiegruppe
- Diskursbezogene Netzwerkarbeit und Policy Koordination
- Entwicklung von Prozessen zur partizipativen Erstellung der Nationalen Aktionspläne
- Verantwortung des Internetauftritts sowie Social Media Kanäle

Da das OGN selbst keine offiziell konstituierte Organisation ist, wird die KoordinatorIn bei einer der Mitgliedsorganisationen des Netzwerks angesiedelt, hierfür wurde derzeit die Open

Knowledge Foundation Deutschland (Dienstaufsicht) bestimmt, diese ist mit Unterstützung der Strategiegruppe (Fachaufsicht) für die Sicherstellung der notwendigen Mittel zur Erfüllung der Koordinationsaufgaben verantwortlich und haftet im Rahmen des Vereinsrechts für das Open Government Netzwerk. Die KoordinatorIn wird von der Strategiegruppe des OGN in Abstimmung mit der Trägerorganisation ausgewählt und arbeitet in dessen Auftrag. Die KoordinatorIn sollte mindestens einmal im Jahr einen Statusreport über Ihre Aktivitäten ans Netzwerk geben.

Die KoordinatorIn muss die Interessen des OGN gegenüber ihrer Trägerorganisation vertreten, sollte sie eine solche haben. Der KoordinatorIn obliegt es insbesondere, die Grundsätze des OGN einzuhalten und darzulegen. Die Position der KoordinatorIn kann auf Veranlassung der Strategiegruppe überprüft werden.

Entscheidungsfindung

Das zivilgesellschaftliche Open Government Netzwerk (OGN) strebt danach, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Bei allen Dokumenten, öffentlichen Stellungnahmen und Positionen des OGN soll kenntlich gemacht werden, durch welches Verfahren die Entscheidung zustande gekommen ist.

Es gibt vier Verfahren:

1. Netzwerk-Konsens

Das Verfahren setzt ein, wenn eine klare Absicht kommuniziert wird, einen Text als Netzwerkentscheidung zu verabschieden. Der Entwurfstext wird dem OGN über den E-Mail-Verteiler bekannt gemacht und für mindestens zwei Wochen zur Diskussion gestellt.

Konsens gilt als erreicht, wenn a) keine Einwände oder Änderungsvorschläge innerhalb des Zeitraums vorgebracht werden; b) diejenigen, die Änderungsvorschläge und Einwände eingebracht haben, mit deren Berücksichtigung einverstanden sind.

Strategische Entscheidungen des OGN sollten genau wie Veränderungen des Memorandum of Understanding im Netzwerk-Konsens getroffen werden.

2. Unterschriftenverfahren

Beim Unterschriftenverfahren werden alle Mitglieder des OGN eingeladen, ihre Unterschrift entweder als Einzelpersonen oder im Namen ihrer Organisation unter eine Erklärung / einen Text zu setzen. Texte dieser Art sollten bekannt gemacht werden, als von „Mitgliedern des zivilgesellschaftlichen Open Government Netzwerks“.

Dieses Verfahren kann mit dem Netzwerk-Konsens verbunden werden. Ein Text kann dann als eine „Position des zivilgesellschaftlichen Open Government Netzwerks“ bekannt gemacht werden.

Wo thematische Arbeitsgruppen gebildet werden (z. B. für einzelne Themenfelder, für den Austausch mit einzelnen Ressorts), sollten diese Gruppen sich klar als Gruppe von

OGN-Mitgliedern äußern, es sei denn es liegt ein Mandat durch ein Netzwerk-Konsensverfahren vor.

3. Abstimmung innerhalb der Strategiegruppe

Wenn das Konsensverfahren aus zeitlichen Gründen nicht möglich ist, kann die Strategiegruppe eine Entscheidung mittels einer Abstimmung treffen, wobei alle vorhandenen Erkenntnisse über die Positionen und Sichtweisen von einzelnen OGN-Mitgliedern vor der Abstimmung berücksichtigt werden.

Entscheidungen dieser Art werden über den Netzwerkverteiler bekannt gemacht und öffentlich kommuniziert als eine "Entscheidung der Strategiegruppe des zivilgesellschaftlichen Open Government Netzwerks".

Wenn möglich, soll die KoordinatorIn und Strategiegruppe ihre Anliegen an das OGN für das Netzwerk-Konsensverfahren vorbringen.

4. Statement der KoordinatorIn

Die KoordinatorIn des Netzwerks darf operative tagesaktuelle Entscheidungen treffen, wie sie ihre Rolle vorsieht. Die KoordinatorIn kann ihre Entscheidungen als von der "KoordinatorIn des OGN" kennzeichnen.

Anhang A - Open Government Declaration OGP

OPEN GOVERNMENT DECLARATION

September 2011

As members of the Open Government Partnership, committed to the principles enshrined in the Universal Declaration of Human Rights, the UN Convention against Corruption, and other applicable international instruments related to human rights and good governance:

We acknowledge that people all around the world are demanding more openness in government. They are calling for greater civic participation in public affairs, and seeking ways to make their governments more transparent, responsive, accountable, and effective.

We recognize that countries are at different stages in their efforts to promote openness in government, and that each of us pursues an approach consistent with our national priorities and circumstances and the aspirations of our citizens.

We accept responsibility for seizing this moment to strengthen our commitments to promote transparency, fight corruption, empower citizens, and harness the power of new technologies to make government more effective and accountable.

We uphold the value of openness in our engagement with citizens to improve services, manage public resources, promote innovation, and create safer communities. We embrace principles of transparency and open government with a view toward achieving greater prosperity, well-being, and human dignity in our own countries and in an increasingly interconnected world.

Together, we declare our commitment to:

Increase the availability of information about governmental activities.

Governments collect and hold information on behalf of people, and citizens have a right to seek information about governmental activities. We commit to promoting increased access to information and disclosure about governmental activities at every level of government. We commit to increasing our efforts to systematically collect and publish data on government spending and performance for essential public services and activities. We commit to pro-actively provide high-value information, including raw data, in a timely manner, in formats that the public can easily locate, understand and use, and in formats that facilitate reuse. We commit to providing access to effective remedies when information or the corresponding records are improperly withheld, including through effective oversight of the recourse process. We recognize the importance of open standards to promote civil society access to public data, as well as to facilitate the interoperability of government information systems. We commit to seeking feedback from the public to identify the information of greatest value to them, and pledge to take such feedback into account to the maximum extent possible.

Support civic participation.

We value public participation of all people, equally and without discrimination, in decision making and policy formulation. Public engagement, including the full participation of women,

increases the effectiveness of governments, which benefit from people's knowledge, ideas and ability to provide oversight. We commit to making policy formulation and decision making more transparent, creating and using channels to solicit public feedback, and deepening public participation in developing, monitoring and evaluating government activities. We commit to protecting the ability of not-for-profit and civil society organizations to operate in ways consistent with our commitment to freedom of expression, association, and opinion. We commit to creating mechanisms to enable greater collaboration between governments and civil society organizations and businesses.

Implement the highest standards of professional integrity throughout our administrations.

Accountable government requires high ethical standards and codes of conduct for public officials. We commit to having robust anti-corruption policies, mechanisms and practices, ensuring transparency in the management of public finances and government purchasing, and strengthening the rule of law. We commit to maintaining or establishing a legal framework to make public information on the income and assets of national, high ranking public officials. We commit to enacting and implementing rules that protect whistleblowers. We commit to making information regarding the activities and effectiveness of our anticorruption prevention and enforcement bodies, as well as the procedures for recourse to such bodies, available to the public, respecting the confidentiality of specific law enforcement information. We commit to increasing deterrents against bribery and other forms of corruption in the public and private sectors, as well as to sharing information and expertise.

Increase access to new technologies for openness and accountability.

New technologies offer opportunities for information sharing, public participation, and collaboration. We intend to harness these technologies to make more information public in ways that enable people to both understand what their governments do and to influence decisions. We commit to developing accessible and secure online spaces as platforms for delivering services, engaging the public, and sharing information and ideas. We recognize that equitable and affordable access to technology is a challenge, and commit to seeking increased online and mobile connectivity, while also identifying and promoting the use of alternative mechanisms for civic engagement. We commit to engaging civil society and the business community to identify effective practices and innovative approaches for leveraging new technologies to empower people and promote transparency in government. We also recognize that increasing access to technology entails supporting the ability of governments and citizens to use it. We commit to supporting and developing the use of technological innovations by government employees and citizens alike. We also understand that technology is a complement, not a substitute, for clear, useable, and useful information.

We acknowledge that open government is a process that requires ongoing and sustained commitment. We commit to reporting publicly on actions undertaken to realize these principles, to consulting with the public on their implementation, and to updating our commitments in light of new challenges and opportunities.

We pledge to lead by example and contribute to advancing open government in other countries by sharing best practices and expertise and by undertaking the commitments expressed in this declaration on a non-binding, voluntary basis. Our goal is to foster innovation and spur progress, and not to define standards to be used as a precondition for cooperation or assistance or to rank

countries. We stress the importance to the promotion of openness of a comprehensive approach and the availability of technical assistance to support capacity- and institution-building.

We commit to espouse these principles in our international engagement, and work to foster a global culture of open government that empowers and delivers for citizens, and advances the ideals of open and participatory 21st century government.